

"Ein Euratom-Leitfaden" in The New Scientist (26. März 1959)

Legende: Am 26. März 1959 beschreibt Étienne Hirsch, Präsident der Euratom-Kommission, in der englischen Wochenzeitschrift The New Scientist die Herausforderungen und die Ziele Euratoms.

Quelle: The New Scientist. 26.03.1959. London.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/ein_euratom_leitfaden_in_the_new_scientist_26_marz_1959-de-b3528159-ad01-40cf-a4b0-7f6a51daf9b8.html



Publication date: 06/07/2016

Ein Euratom-Leitfaden

Der Präsident der Euratom-Kommission stellt hier die Politik und die zukünftigen Aufgaben der Organisation vor. Er zeigt auch, auf welche Weise sie eines der grundlegenden Elemente in der Dreier-Struktur darstellt, zu der außerdem die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie der Gemeinsame Markt zählen.

Von Etienne Hirsch

Euratom basiert auf zwei sehr einfachen Gedanken. Erstens kann die Atomenergie nur auf einer dem Nationalstaat übergeordneten Ebene effizient entwickelt werden. Zweitens gilt dasselbe Prinzip, das im atomaren Bereich offensichtlich erscheint, auch für andere wirtschaftliche Tätigkeiten, die bislang nur im nationalen Rahmen ausgeübt wurden. Diese beiden Gedanken zusammen liegen der friedliche Revolution zu Grunde, die Europa im Laufe der letzten zehn Jahre nach und nach verwandelt hat und gleichzeitig eine Neubewertung unserer Wirtschafts- und Außenpolitik notwendig machte.

Zunächst die Frage der Atomkraft. Heutzutage kann es paradox erscheinen, von Energieknappheit zu sprechen, während sich im Vereinigten Königreich und auf dem europäischen Kontinent die Kohlereserven anhäufen. Aber auch wenn derzeit das Angebot die Nachfrage zu übersteigen scheint, sollte man sich in Erinnerung rufen, dass sich die Lage schnell ändern kann. Vor knapp zwei Jahren erst kämpfte Europa mit einem Energiemangel, und es ist unmöglich, mit Sicherheit vorherzusagen, wie die Lage in zwei Jahren aussehen wird. Bekanntlich ist einer der Hauptgründe für diese Schwankungen die vergleichbar mangelnde Flexibilität der Energie erzeugenden Industrien und vor allem des Steinkohlenbergbaus. Es ist also fast genauso kompliziert, kurzfristige Vorhersagen über die Lage im Energiebereich zu treffen wie zum Beispiel präzise Aussagen über die Verkehrsunfälle von morgen. Es ist hingegen einfacher, langfristige Vorhersagen zu machen, wie es ja auch möglich ist, Statistiken über Verkehrsunfälle für die kommenden Monate oder Jahre zu erstellen. Mit anderen Worten sollte uns die Unsicherheit hinsichtlich kurzfristiger Voraussagen nicht davon abhalten, langfristig notwendige Projekte für Straßen, Autobahnkreuze usw. anzugehen. Aus genau diesem Grund ist im Energiebereich Euratom ins Leben gerufen worden.

Europa wird langfristig gesehen an einem Energiemangel leiden, der nur durch die Nutzung der Atomenergie ausgeglichen werden kann. Im 19. Jahrhundert machten preiswerte und im Überfluss vorhandene Kohle Europa zur „Werkstatt der Welt“. Im Jahre 1870 erzeugten das Vereinigte Königreich und die sechs Mitgliedstaaten der Euratom (die Benelux-Staaten, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien) 75 % der weltweiten Energieproduktion. Obwohl allein die sechs Euratom-Mitgliedsländer heute schon mehr Kohle fördern als die gesamte Welt im Jahre 1870, stellt ihre Energieproduktion dennoch nur 15 % der weltweiten Energieerzeugung dar. Gleichzeitig müssen sie ungefähr 25 % ihrer eigenen Energievorräte importieren.

Die Einfuhr von Energie kostete die sechs Euratom-Länder bereits im Jahr 1955 ungefähr 2 Milliarden Dollar. Ohne Atomenergie würden die Kosten für die Einfuhren – hauptsächlich von Kohle und Erdöl – im Jahre 1967 4 Milliarden Dollar betragen, im Jahr 1975 könnten sie 6 Milliarden Dollar betragen. Des Weiteren haben die kürzlich im Nahen Osten eingetretenen Ereignisse deutlich gemacht, dass eine derartige Abhängigkeit von externen Ressourcen eine beträchtliche politische Gefahr darstellen könnte. Obgleich es unangebracht und nicht rentabel ist, die Chimäre einer Energie-Autarkie zu verfolgen, ist es dennoch klar, dass große Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Folgen einer so kostspieligen und prekären Lage zu mildern.

Das Problem bleibt natürlich nicht nur auf Kontinentaleuropa beschränkt. Das Vereinigte Königreich war vielleicht als erstes Land damit konfrontiert. Quasi als Nebenprodukt machte sein militärisches Atomprogramm das Vereinigte Königreich zu einem Vorreiter in der industriellen Entwicklung der Atomenergie. Ich brauche die bemerkenswerten Ergebnisse in diesem Bereich nicht hervorzuheben. Dennoch kann man nicht leugnen, dass diese Ergebnisse beträchtliche Investitionen erfordert haben und auch weiterhin erfordern, nicht nur im Hinblick auf Kapital, sondern auch auf auch Fachwissen, Technologie, Forschung und wissenschaftliches Personal.

Die kontinentaleuropäischen Länder kamen angesichts der gleichen Art von Problemen schnell zu der Feststellung, dass es kaum einträglich ist, das Problem jeweils im Alleingang bewältigen zu wollen. Die Außenminister der sechs Euratom-Länder hatten bereits im Juni 1955 auf der Konferenz von Messina einstimmig die Einberufung einer Sonderkonferenz beschlossen, um zu versuchen, die Zukunft der Atomenergie gemeinsam anzugehen. Im April 1956 kam die Konferenz zu der Schlussfolgerung (im Spaak-Bericht, benannt nach dem Vorsitzenden der Konferenz, dem belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak), dass eine solche Zusammenarbeit nicht nur notwendig, sondern ebenfalls technisch möglich sei. Ein Jahr später, am 25. März 1957, unterzeichneten die sechs Staaten den Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft, inzwischen besser bekannt unter dem Namen Euratom.

Inzwischen hatten die sechs Regierungen schon vor Abschluss des Vertrags beschlossen, das Ausmaß ihres Energieproblems zu untersuchen. Sie beriefen einen „Ausschuss der drei Weisen“ ein, der die Menge der von den sechs Ländern produzierbaren Atomenergie und den Weg, um dieses Ziel zu erreichen, ermitteln sollte. Diese drei Weisen schlugen als Ziel für Euratom eine installierte nukleare Kapazität von 15 Millionen kW bis zum Ende der 60er Jahre vor. Ihrer Meinung nach könnten die sechs Länder so ihre Energieeinfuhr ungefähr auf dem Niveau von 1963 stabilisieren, also bei durchschnittlich 165 Millionen Tonnen Kohle, was sich den Zahlen von 1957 zufolge auf jährlich 3,3 Milliarden Dollar belaufen würde.

Sogar im Vergleich mit dem amerikanischen, dem britischen und dem russischen Programm war dies ein sehr ehrgeiziges Ziel. Selbst heute noch gilt es trotz der durch Euratom ermöglichten Zusammenlegung der Ressourcen als unwahrscheinlich, dass die Ziele innerhalb der vorgesehenen Frist erreicht werden. Dieser Umstand lässt die Tatsache noch deutlicher erscheinen, dass die sechs Länder unzählige zusätzliche Hürden hätten bewältigen müssen, um ihren Rückstand auszugleichen, wären sie individuell vorgegangen.

Soweit also zum ersten Prinzip, auf dem die Gründung der Euratom beruht. Das zweite Prinzip besagt, dass Regeln, die offensichtlich im atomaren Bereich gelten, auch für andere Bereiche zutreffen, selbst wenn es weniger offensichtlich ist. Der Spaak-Bericht machte auf Folgendes aufmerksam: Während keines der sechs Länder allein die gewaltigen Forschungsanstrengungen und die notwendigen, erheblichen Grundinvestitionen für diese nukleare Revolution aufbringen konnte, lief die durch diese neue Energiequelle und die neuen Techniken ermöglichte Ausweitung der Produktion jedoch Gefahr, durch die begrenzten Möglichkeiten der derzeitigen nationalen Märkte gebremst zu werden. Der Bericht zählt drei konkrete Beispiele auf, anhand derer verdeutlicht wird, wie der begrenzte Umfang der nationalen Märkte das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen könnte. Die Entwicklung der Kernenergie ist ein Beispiel. Zweitens besagt der Bericht, dass keine der europäischen Automobilindustrien groß genug wäre, um auf rentable Weise die leistungsfähigsten amerikanischen Werkzeugmaschinen zu nutzen. Drittens ist kein Land des europäischen Kontinents allein in der Lage, ohne Hilfe von außen das größte moderne Transportflugzeug zu bauen. Deswegen haben die sechs Euratom-Länder beschlossen, gleichzeitig mit der Zusammenlegung ihrer nuklearen Ressourcen durch die schrittweise Einführung eines gemeinsamen Marktes für alle Güter auch ihre wirtschaftlichen Ressourcen allgemein zusammenzulegen. Sie unterzeichneten gleichzeitig mit dem Europäischen Vertrag auch den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Somit steht Euratom nicht allein da. Der Name an sich ist sehr bezeichnend, da er in einem einzigen Wort zwei revolutionäre Veränderungen vereint, die das 20. Jahrhundert erlebt hat: zuerst die neue industrielle Revolution, die von der friedlichen Nutzung der Kernenergie ausgelöst wurde, und dann die wirtschaftliche und politische Revolution, die zur Einheit Europas führt.

Diese Vorstellung von der Einheit ist nichts Neues, aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie zur Wirklichkeit. Ein erster Schritt in Richtung einer europäischen Einheit war die Gründung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahre 1948, die im Laufe des letzten Jahrzehnts dazu beigetragen hat, in Westeuropa ein intensives Wirtschaftswachstum beizubehalten. Auf politischer Ebene stellt der Europarat ein breites Forum dar, mit dessen Hilfe wenig spektakuläre, jedoch nachhaltige Ergebnisse erzielt wurden. Spätere Versuche zur Einheit Kontinentaleuropas verdanken diesen beiden ersten Pionierorganisationen mehr, als man gemeinhin annimmt. Dennoch sind diese Bewegungen der internationalen Zusammenarbeit in den Augen vieler Europäer durch die Einschränkung ihrer Ziele

behindert worden. Aus diesem Grund haben die sechs Mitgliedsländer der Gemeinschaft beschlossen, einen weiteren Schritt nach vorn zu tun und von der internationalen Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen Integration überzugehen und die teilweise Übertragung nationaler Souveränität an gemeinsame Institutionen mit „supranationalem“ Charakter in die Wege zu leiten.

Der erste Schritt in diese Richtung bestand in der Zusammenlegung gewisser grundlegender Ressourcen durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952. Euratom und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (der „Binnenmarkt“) sind zwei weitere Etappen auf demselben Weg. Die drei Gemeinschaften weisen eine vergleichbare institutionelle Struktur auf, in der nationale und föderale Prinzipien ausgeglichen werden. Das erste wird durch die Ministerräte vertreten, da deren Mitglieder von den Regierungen der Mitgliedstaaten entsandt werden. Das zweite Prinzip wird in den verschiedenen Exekutivorganen der drei Gemeinschaften repräsentiert, deren Mitglieder keine nationalen Delegierten, sondern unabhängige Beamte der Gemeinschaft sind. Dasselbe Prinzip gilt für den Gerichtshof und die Europäische Parlamentarische Versammlung, die allen Gemeinschaften gemein sind und nicht den nationalen Behörden, sondern den Völkern aller sechs Länder gegenüber verantwortlich sind. Keine Betrachtung der Arbeit Euratoms darf die grundlegende Rolle verschweigen, die die Einrichtung innerhalb der komplexen Struktur der Gemeinschaft spielt.

Euratoms Hauptaufgabe besteht darin, die Bedingungen für eine europäische Atomindustrie herzustellen. Das beinhaltet, an mehreren Fronten gleichzeitig aktiv zu sein. Erstens ist es besonders wichtig, eine europäische Reserve an Fachwissen und technischen Fertigkeiten aufzubauen. Zweitens muss es Anreize für notwendige Investitionen und ein koordiniertes industrielles Wachstum geben. Drittens müssen eine regelmäßige und ausreichende Zufuhr an nuklearem Material sichergestellt und Handelshemmnisse für nukleare Erzeugnisse beseitigt werden. Gleichzeitig muss Euratom Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften festlegen und gewährleisten, dass das für die friedliche Nutzung vorgesehene Material nicht zweckentfremdet wird. Und schließlich verlangt das Wesen der Atomindustrie selbst eine enge Zusammenarbeit zwischen Euratom und den Partnern außerhalb der Gemeinschaft, die ebenfalls im Kernbereich tätig sind.

Seit Inkrafttreten des Euratom-Vertrags am 1. Januar 1958 sind all diese Arbeiten schnell angelaufen. Dies ist zum einen meinen derzeitigen Kollegen in der Kommission zu verdanken und zum anderen auf die beachtlichen Anstrengungen ihres ersten Präsidenten, meines Vorgängers Louis Armand, zurückzuführen. Mit Beratung durch den Ausschuss für wissenschaftliche und technische Forschung hat die Kommission bereits ihr erstes Forschungsprogramm entwickelt. Vorgesehen sind ein gemeinsames Forschungszentrum, ein Dokumentationszentrum, ein Normenstelle, eine elektromagnetische Isotopentrennanlage und Arbeiten über die Fusion, sowie Forschungsreaktoren und Reaktorprototypen. Im Laufe der ersten fünf Jahre werden insgesamt 215 Millionen Dollar für dieses Programm zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wird Euratom die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Verbreitung von Fachwissen innerhalb der Gemeinschaft zu fördern, dies unter Vorbehalt der üblichen Garantien für Patente.

Im Bereich der Investitionen hat Euratom den Weg für eine koordinierte Vorgehensweise geebnet, indem Bestimmungen veröffentlicht wurden, über welche Investitionsprojekte und wie detailliert die Kommission informiert werden muss. Auf diese Weise sollen Überschneidungen und Lücken vermieden werden. In der Zwischenzeit hat Euratom am 1. Januar 1959 einen Binnenmarkt im Nuklearbereich geöffnet, sodass atomare Erzeugnisse innerhalb der Gemeinschaft ohne nationale Schranken und Beschränkungen frei verkehren können. Für die Gemeinschaft ist gleichzeitig ein gemeinsamer Zolltarif eingerichtet worden, der zwischen maximal 12 % und minimal 0 % (für Erze, Rohstoffe und besonderes spaltbares Material) liegt. Für Reaktoren, Reaktorteile und schweres Wasser wird dieser Zolltarif drei Jahre lang ausgesetzt.

Bei den Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften hat Euratom bereits eine Hauptaufgabe erfüllt. Sie bestand in der Bestimmung einer ausführlichen Reihe von grundlegenden Normen (die aktuellsten und vollständigsten, die es in diesem Bereich gibt), die einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit des Menschen im Nuklearbereich leisten. Diese Normen müssen nun von den sechs Mitgliedstaaten in ihre jeweilige Gesetzgebung übertragen werden, wenn sie garantieren, dass die strengsten Vorkehrungen getroffen worden sind, um die Arbeiter im Nuklearbereich, aber auch die gesamte Bevölkerung zu schützen. Das Inspektions-

und Kontrollsystem Euratoms, das die zweckentfremdende Nutzung von spaltbarem Material unterbinden soll, stellt einen weiteren Schutzmechanismus dar, der derzeit Gegenstand intensiver Arbeiten ist. In diesen beiden Fällen stellen die Bestimmungen Euratoms, die so vollständig und praktikabel wie nur menschenmöglich sein werden, weltweit die ersten Beispiele mit solchen auf internationaler Ebene angewandten Maßnahmen dar.

Gerade in dieser Hinsicht hat Euratom die bedeutendsten Fortschritte seit seiner Gründung vor 14 Monaten gemacht. Euratom hat sich immer bemüht, so effizient wie möglich mit all den Ländern und Organisationen außerhalb der Gemeinschaft zu kooperieren, die sich ebenfalls der friedlichen Nutzung der Kernkraft verschrieben haben. Im Bereich der Kernkraft ist Autarkie undenkbar. Deshalb hat Euratom von Anfang an eng mit der Internationalen Atomenergie-Behörde in Wien und der Internationalen Atomenergie-Agentur der OECD in Paris zusammengearbeitet. Vor allem mit letztgenannter tauscht Euratom sich derzeit über so wichtige Fragen wie Versicherungen im Kernbereich oder eine weiter reichende Anwendung der Gesundheits- und Sicherheitsnormen aus. Euratom hat sogar ebenfalls schon eine Teilnahme an den gemeinsamen Projekten mit der OECD zum Bau des Halden- und des Dragon-Reaktors zugesagt. Diese werden in Winfrith Heath in England gebaut werden. Ich könnte anmerken, dass die sechs Mitgliedstaaten bereits vor der offiziellen Gründung Euratoms mehr als die Hälfte des Kapitals des Unternehmens „Eurochemic“, das im Rahmen der OECD gegründet worden war, zur Verfügung gestellt hatten.

Neben diesen internationalen Verbindungen hat Euratom kürzlich Sondervereinbarungen mit zwei großen Atommächten (den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich) getroffen. Das mit den Vereinigten Staaten am 8. November 1958 unterzeichnete Abkommen sieht gemeinsame Energie- und gemeinsame Forschungsprogramme vor. Dieses Abkommen wird es den Vereinigten Staaten ermöglichen, Nutzen aus der Erfahrung im Bau von großen Reaktoren in Europa zu ziehen, deren Bau auf der anderen Seite des Atlantiks derzeit wegen der relativ niedrigen Preise für herkömmliche Energie nicht rentabel wäre. Das Abkommen wird es Euratom auf der anderen Seite ermöglichen, schnell eine ausreichende Menge an Atomenergie zu produzieren, um den langfristigen Energiemangel abzuschwächen.

Dennoch wird die im Abkommen vorgesehene Energiemenge von 1000 MW für die kommenden Jahre den sofortigen Bedarf der Euratom in keiner Weise decken, der momentan mindestens das Vierfache zu betragen scheint. Das ist einer der Gründe, die Euratom dazu gebracht haben, am 4. Februar einen zweiten Kooperationsvertrag mit dem Vereinigten Königreich abzuschließen. Dieser dürfte in der Tat den europäischen Markt für den Verkauf britischer Reaktoren öffnen und außerdem, wie ich hoffe, zu einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Partner führen.

Während ich diesen Artikel schreibe, laufen Verhandlungen über ein Abkommen zwischen Euratom und Kanada. Deshalb nehme ich an, dass man in Kürze sagen kann: Euratom, schon jetzt ein Beispiel für wirtschaftliche Integration, hat seinen Platz in einem wachsenden Netz der weltweiten Zusammenarbeit eingenommen. Anfangs sagte ich, dass Euratom auf zwei Prinzipien beruht. Ich könnte ein drittes hinzufügen: Im Bereich der Kernkraft, genau wie im täglichen Leben, ist Kooperation ansteckend.